
FDP Wehrheim

KERNZIELE DES FDP-PROGRAMMS IM USINGER ANZEIGER

11.03.2021

"WAS PROGRAMM IST - IN WEHRHEIM"

Wehrheim. Im **Usinger Anzeiger** haben die Parteien und Wählergemeinschaften, die zur **Kommunalwahl am 14. März 2021** antreten, aktuell Gelegenheit unter dem Titel "Was Programm ist - in Wehrheim" **Kernziele** ihres Wahlprogramms darzustellen. In der Ausgabe des UA vom 11.03.2021 haben FDP, CDU, SPD und Grüne, die in Wehrheim kandidieren, von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Wer den Usinger Anzeiger nicht im Abo bezieht oder im Einzelverkauf erwirbt, kann hier auf unserer Webseite lesen, welchen Text wir dem UA zur Verfügung gestellt haben und veröffentlicht worden ist:

Die Folgen des Klimawandels, Pandemien aber auch der technologische Wandel stellen eine Herausforderung für unsere Gemeinde dar. Für die Freien Demokraten heißt das, wir müssen die Bürgerrechte verteidigen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, und unsere Natur aber auch unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten. Wir wollen Wehrheim intelligent weiterentwickeln.

Die gravierenden Schäden, die unser Wald in den letzten Jahren erlitten hat sind ein anschauliches Beispiel für den fortschreitenden Klimawandel. Wenn wir den Wald für kommende Generationen retten wollen müssen wir jetzt reagieren und die absterbenden Fichtenbestände mit besser angepassten Mischwaldsorten aufforsten. Statt Bäumen Windräder aufzustellen ist keine Lösung für Treibhauseffekt und Wassermangel. Mit uns wird es keinen Windpark im Wehrheimer Wald geben, weder am Süßeberg noch auf dem Winterstein. Stattdessen wollen wir weiter Photovoltaik ausbauen auf Hausdächern, Konversionsflächen und dem Munitionsdepot. Daneben müssen wir die Wehrheimer Wasserversorgung nachhaltig verbessern.

Im Bereich Soziales & Familie setzen wir uns ein für eine Ausweitung der angebotenen Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten und die Umwandlung der Limeschule in eine Ganztagschule. Darüber hinaus wünschen wir uns eine qualifizierte Realschule in Wehrheim. Wir kämpfen auch für eine Modernisierung des Konzepts der Wehrheimer Jugendzentren und für die Förderung der Wehrheimer Vereine.

Wehrheim leidet unter dem Mangel an Wohnraum und Gewerbeflächen. Deshalb unterstützen wir sowohl innerörtliche Verdichtung als auch die maßvolle Entwicklung neuer Baugebiete. Dabei soll insbesondere auch bedürfnisgerechter Wohnraum für junge und alte Mitbürger/innen geschaffen werden. Neuer Wohnraum soll nicht nur in der Kerngemeinde, sondern in allen Ortsteilen geschaffen werden. Diese sollen nach unserer Vorstellung auch noch besser an die Kerngemeinde und die Taunusbahn angebunden werden. Bei den Gewerbeflächen wollen wir, dass diese nach nachvollziehbaren Kriterien vergeben werden, die sich an den geplanten Arbeitsplätzen und dem zu erwarteten Steueraufkommen orientieren.

Wir wollen innovative und leistungsstarke Unternehmen für Wehrheim gewinnen, welche neue hochwertige Arbeitsplätze in Wehrheim schaffen. Wir stellen uns beispielsweise vor bei Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes einen Innovationspark zu schaffen. Aber auch für existierende Unternehmen wollen wir mehr tun, bspw. durch Unterstützung der Direktvermarktung lokaler Anbieter.

Aber auch die Gemeinde selbst kann noch mehr tun. Die Coronakrise hat uns gezeigt, wie wichtig Digitalisierung ist. Wir wollen, dass fast alle Behördengänge bequem von zuhause erledigt werden können, und dass die Verwaltung aufgrund besserer IT-Unterstützung schneller und effizienter reagieren kann.

Die Freien Demokraten kämpfen seit Jahren für niedrige Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in Wehrheim. Dass Wehrheim im regionalen Vergleich günstige Steuersätze hat verdanken die Bürgerinnen und Bürger auch unserem unermüdlichen Einsatz. Das kommt allen Wehrheimern zu Gute, denn bspw. die Grundsteuer B wird als Nebenkosten auch Mietern in Rechnung gestellt. Nun haben sowohl die Landesregierung durch Corona-Beihilfen als auch der Kreis durch Senkung der Kreisumlage zur Entlastung der finanziellen Situation der Gemeinde beigetragen. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde diese Entlastung zumindest zum Teil an die Bürger weitergeben sollte.